

## SIEGFRIED LEHMANN – MARTIN HAHN Mitglieder des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion



## 78315 RADOLFZELL Jahnstraße 7

Telefon: 07732 - 972443 Telefax: 07732 - 972444 siegfried.lehmann@web.de www.siegfried-lehmann.de

Charlotte Biskup Persönliche Referentin

Büro: Rheingasse 8 78462 Konstanz

Telefon: 07531 - 2842620 Telefax: 0711 - 2063-14641

Öffnungszeiten:

Montag – Mittwoch + Freitag 9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 30.04.2015

Pressemitteilung der grünen Abgeordneten Siegfried Lehmann und Martin Hahn: "Bundesregierung schleicht sich durch Gentechnik-Entscheidung aus der Verantwortung."

Die beiden grünen Abgeordneten der Bodenseeregion, Siegfried Lehmann und Martin Hahn, kritisieren das Vorhaben der großen Koalition in Berlin, Entscheidungen über den Einsatz genetisch veränderter Pflanzen an die Länder zu übertragen. "Die Bundesregierung schleicht sich mit einer solchen Haltung aus der Verantwortung", so der Konstanzer Abgeordnete Lehmann. "Gerade in der Bodenseeregion ist durch die Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg erkennbar, dass der Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut oder von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht auf Länderebene geregelt werden kann – die Verbreitung von Pollen macht vor Grenzen nicht Halt", erläutert Martin Hahn, Abgeordneter des Bodenseekreises die Bedeutung des Themas für die Region.

Nach dem Willen der Bundesregierung soll die Frage, ob und in welchem Umfang gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden dürfen, künftig auf Landesebene beschlossen werden. Nach Ansicht der Grünen ist diese Verantwortungsdelegation der Bunderegierung fahrlässig: "Gentechnik ist ein Thema, das weder an Landesgrenzen noch an Grenzen der Bundesländer Halt macht und daher auf einer höheren Ebene geklärt werden soll. Es ist schon bedauerlich, dass die Bundesregierung sich nicht für ein EU-weites Verbot von gentechnisch veränderten Pflanzen eingesetzt hat. Dass sie nun aber dieses Thema einfach weiterreicht macht deutlich, dass ihr weder

das Interesse der Menschen noch der Schutz der Biodiversität ein wirkliches Anliegen ist.", so der Konstanzer Landtagsabgeordnete Lehmann.

Martin Hahn, grüner Landtagsabgeordneter des Bodenseekreises, sieht in diesem Vorgehen die Gefahr, dass es in den Ländern zu massiven Mehraufwendungen kommen wird, um Gentechnikfreiheit zu gewährleisten. "Wenn jedes Bundesland eigene gesetzliche Regelungen treffen muss, um die Bevölkerung vor gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln zu schützen, ist Rechtsunsicherheit vorprogrammiert."

Die beiden Abgeordneten sehen zudem die Gefahr, dass große Konzerne die unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern gezielt nutzen werden. "Eine einheitliche Regelung auf Bundesebene wäre ein politisches Signal gewesen, dass der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen bei uns nicht erwünscht ist. Die jetzige Haltung der Bundesregierung ist geradezu eine Einladung für die Unternehmen sich Möglichkeiten für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu suchen."

"Falls der Bund jedoch kneift und seine Aufgabe nicht vollständig löst ist jedoch sicher, dass wir in Baden-Württemberg unseren gesamten politischen Spielraum nutzen werden, um die Menschen in unserem Land vor gentechnisch veränderten Organismen zu schützen", sind sich die beiden grünen Abgeordneten aus der Bodenseeregion einig.